Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 232. Abendblatt. Dienstag, den 19. Mai 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 18. Mai. In einem hiesigen Blatte werden eingehende Mittheilungen über die Reisepläne Sr. Maj. des Königs und über Besuche der Kaiser von Frankreich und Rußland am Königl. Hof gemacht. Die Mittheilungen des Blattes, das sich überhaupt nach dieser Richtung nicht durch Zuverlässigkeit auszeichnet, sind nicht begründet. Bis jetzt ist nur festgestellt, daß der König seine Sommerreise in der ersten Woche des Juli antreten und zunächst wieder das Bad Ems besuchen wird. Doch können auch in dieser Bestimmung noch Aenderungen eintreten. Alle Nachrichten, die hierüber hinausgehen, sind vor der Hand als voreilig zu betrachten. — Nach der „Sächsischen Ztg." soll der Erlaß einer Adresse im Zollparlament aus Furcht vor Frankreich abgelehnt worden sein, worüber das Blatt natürlich eine große Genugthuung empfindet. Die „Demokratische Korrespondenz" in Stuttgart weist ihrerseits darauf hin, daß Graf Bismarck im Zollparlament ein konsequentes Schweigen beobachte und zieht daraus den Schluß, daß ein geheimer Vertrag zwischen Preußen und Frankreich bestehe, in welchem sich Preußen verpflichtet habe, die Mainlinie nicht zu überschreiten. Beide Organe beziehen bekanntlich ihre Inspirationen aus Hitzing. Es ist daher eigenthümlich anzusehen, daß trotz dieser gemeinschaftlichen Inspirationen beide Organe sich in Widerspruch mit einander setzen und das eine von einer Furcht vor Frankreich, das andere von einem Einverständniß mit Frankreich redet. — Das Wiener „Neue Femdenblatt" das gleichfalls ein Organ des Hitzinger Hofes ist, stellt die lächerliche Behauptung auf, daß die Nachricht von der Bildung einer welfischen Legion in London von Preußen aus verbreitet worden, und daß Preußen diese Bildung wünsche und befördere. Also wahrscheinlich auch die Bildung einer Welfenlegion in den Vereinigten Staaten! Richtiger geht man wohl, wenn man diese Mittheilungen zu den Allarmnachrichten und Verhetzungsmitteln rechnet, die ihren Ursprung zum großen Theil in Wien haben. Der preußischen Regierung aber obige Insinuation im Angesicht der Thatsache zu machen, daß dieselbe alles Mögliche thut, um die Heimkehr der Legionäre aus Frankreich zu ermöglichen, ist mindestens abgeschmackt. Dasselbe welfische Organ räumt ein, daß 300 Legionäre in Frankreich Geld von der preußischen Gesandtschaft genommen haben, aber durch die französische Gastfreundschaft und die französischen Behörden zu dem Entschlusse gebracht worden seien, nicht nach Hannover zurückzukehren. Daß ein solches Verfahren der chauvinistischen französischen Beamten in Frankreich stattgefunden hat, dürfte kaum zu bezweifeln sein. — Wenn die „Deutsche Volksztg." behauptet, daß die Auseinandersetzungen der „Nordd. Allgm. Ztg." in Betreff der welfischen Legion in Hannover gar keinen Eindruck gemacht haben, so sollten wir meinen, daß die beiden Punkte es zu thun ganz geeignet sind, wonach 1) die Legionäre jetzt straffrei zurückkehren können und 2) diejenigen, welche von dieser gewährten Begünstigung nicht Gebrauch machen, wegen Theilnahme am Hochverrath zur Rechenschaft gezogen werden können. — Zwischen Preußen und den Niederlanden besteht ein Vertrag vom 16. Juni 1856 wegen Zulassung der diesseitigen Konsuln in den niederländischen Kolonien. Es bedarf jetzt einer Ergänzung des Vertrags, um die gleichen Rechte, die bisher den preußischen Konsuln zustanden, auch den neuernannten Bundeskonsuln zu sichern. Mit Rücksicht darauf hat das Präsidium an den Bundesrath den Antrag gestellt, über die Ausdehnung des Vertrags auf die Bundeskonsuln mit der niederländischen Regierung die Verhandlungen zu eröffnen. — Gestern ist der niederländische General-Postdirektor Hofstete hier eingetroffen und heute hat bereits die Eröffnung der Konferenzen stattgefunden, in welchen eine neue Regelung der postalischen Verhältnisse zwischen dem norddeutschen Bunde und den Niederlanden vorgenommen werden soll. Preußischerseits nimmt an diesen Konferenzen der Geh. Postrath Heldberg Theil. Heute Mittag hat der General-Postdirektor v. Philipsborn eine Besprechung mit dem schwedischen Gesandten Sandströmer auf dem General-Postamt gehabt. — In den Weiberstrafanstalten war die körperliche Züchtigung zunächst für die Dauer eines Jahres suspendirt worden. Die jetzt von den Königlichen Regierungen an das Ministerium des Innern eingegangenen Berichte sprechen sich zum Theil dahin aus, daß sich ein Nachtheil in Bezug auf die Disziplin nicht herausgestellt habe, zum Theil befürworten sie die Beibehaltung der körperlichen Züchtigung, namentlich für Fälle der Renitenz und Bösartigkeit. Der Minister des Innern hat indessen beschlossen, daß die körperliche Züchtigung in den Weiber-Strafanstalten von jetzt an in Wegfall kommen soll. — Die „Zukunft" beklagt sich bekanntlich fast täglich über den Mangel an Freiheit und Volksrechten in Preußen. Wie es mit diesem Mangel besteht, beweist wieder der Umstand, daß dieses Blatt einen Bericht über die in diesen Tagen hier stattgehabte demokratische Versammlung gebracht hat, in welcher die größten Schmähungen gegen die Regierung gerichtet sind. Selbst die süddeutschen Demokraten haben in dieser Versammlung die Liberalität der preußischen Behörden anerkannt und sich überhaupt preußischer als die preußischen Demokraten gezeigt.

Berlin, 19. Mai. Se. Maj. der König erging sich am Sonntag Morgens einige Stunden im Park von Babelsberg, arbeitete darauf und empfing den Besuch des Kronprinzen. Mittags stattete der König Besuche in Sanssouci und im Neuen Palais ab, kam um 2 Uhr in Begleitung des Flügeladjutanten Oberst Baron v. Steinäcker von Potsdam nach Berlin, nahm hier das Dejeuner ein und fuhr alsdann zum Wettrennen nach Hoppegarten. Die Rückkehr von dort nach Berlin erfolgte Abends 8 Uhr. Gestern Morgens empfing der König einige Militärs, nahm darauf die gewöhnlichen Vorträge entgegen, ertheilte Mittags dem Ober-Bürgermeister zu Ulm, Helm, Audienz, begab sich hierauf zur Gräfin Lottum, wo das Dejeuner eingenommen wurde und konferirte alsdann mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Heute wird der König bei dem Handelsminister Grafen Itzenplitz speisen.

— Se. K. H. der Kronprinz begab sich vorgestern Abend mit dem Courierzuge der Ostbahn nach Posen und von da aus in den Bezirk der 4. Division, um in Gnesen, Inowraclaw, Thorn und Bromberg Truppen-Inspektionen abzuhalten. Am Mittwoch, den 20. d. M., gedenkt Se. K. H. die landwirthschaftliche Ausstellung in Bromberg zu besuchen, deren Protektorat Höchstderselbe übernommen hat. Die Rückkehr nach Berlin steht am Donnerstag früh zu erwarten.

— Die vom norddeutschen Bundesrathe zur näheren Erörterung der Real-Kreditfrage eingesetzte Untersuchungs-Kommission ist andauernd in lebhafter Thätigkeit. Unter den Sachverständigen, deren gutachtliche Aeußerungen diese Kommission in jüngster Zeit vernommen hat, befand sich der frühere hannoversche Minister Graf v. Borries, Mitglied des Landes-Oekonomie-Kollegiums. Graf v. Borries hat sich schon früher eingehend mit der Realkreditfrage beschäftigt. In der letzten Session des Landes-Oekonomie-Kollegiums fungirte derselbe als Korreferent für die mit dieser Frage in Verbindung stehenden Berathungs-Gegenstände.

— Ueber den Entwurf einer Maß- und Gewichtsordnung für den norddeutschen Bund haben im Schooße des Bundesrathes Berathungen stattgefunden, deren Resultat zu einigen nicht unwichtigen Abänderungen geführt hat, in Folge deren die dem Reichstage zu machende Vorlage sich noch weiter, als bisher erwartet wurde, von dem Entwurfe entfernen dürfte, welchen die Frankfurter Kommission von 1865 ausgearbeitet hatte. Die wichtigsten Abänderungen finden sich in den Art. 4 und 5 des Entwurfes. Art. 4 soll folgende Fassung erhalten: Als Längenmaße gelten das Meter, dessen decimale Theilungen und decimale Mehrfache, als Flächen und Körpermaße die Quadrate und Würfel der Längenmaße. Der hundertste Theil des Meters heißt Centimeter, der tausendste Theil des Meters heißt Millimeter. Tausend Meter heißen ein Kilometer. Hundert Quadratmeter heißen das Ar, Zehntausend Quadratmeter heißen das Hektar, als Feldmaße. Der tausendste Theil des Kubikmeters heißt das Liter, der zehnte Theil des Kubikmeters heißt das Hektoliter, als Hohlmaße. In Art. 5 glaubte der Ausschuß das Lachter und Faden weglassen zu können; ging aber davon aus, daß die Meile, wenn sie als Entfernungsmaß beibehalten sollte, nicht fakultativ sein könne, sondern obligatorisch sein müsse, während Ruthe, Morgen und Klafter nicht an die Stelle der gesetzlichen metrischen Größen treten dürften, sondern nur zulässige Benennungen sein sollten, denen für die Zukunft, wo sie im Verkehr vorkommen, eine bestimmte Bedeutung gesetzlich beigelegt würde. An die Stelle des Art. 5 sollen demnach folgende beiden treten: Art. 5. Unter einer Ruthe soll eine Länge von 5 Metern, unter einem Morgen eine Fläche von 2500 Quadratmetern, gleich ¼ Hectar, gleich 100 Quadratruthen, unter einer Klafter ein Körperraum von 4 Kubikmetern verstanden werden, wo diese Benennungen künftig im Verkehr vorkommen. Art. 6. Als Entfernungsmaß kommt ausschließlich die Meile von 7500 Metern in Anwendung.

Zusatz zu Art. 10. Der Gebrauch unrichtiger Maße, Gewichte und Waagen im öffentlichen Verkehr ist untersagt, auch wenn dieselben im Uebrigen den Bestimmungen dieser Maß- und Gewichts-Ordnung entsprechen. Die näheren Bestimmungen über die äußersten Grenzen der im öffentlichen Verkehr noch zu duldenden Abweichungen von der absoluten Richtigkeit erfolgen durch die im Art. 19 bezeichnete technische Behörde. Der Ausschuß hat es als zweckdienlich empfohlen, einen dem Entwurfe angepaßten Auszug aus dem Gutachten von 1961 zu Gunsten der Einführung des metrischen Systems an den Reichstag gelangen zu lassen und sagt: Es ist diesem bereits 7 Jahr alten Gutachten nur hinzuzufügen, daß seitdem durch zahlreiche Aeußerungen von Handelskammern, Ingenieurvereinen, auch landwirthschaftlichen Organen aus allen Theilen Deutschlands die seltene Uebereinstimmung in Bezug auf Einführung des metrischen Systems nur noch mehr konstatirt worden ist, und daß England seitdem durch Parlamentsakte die metrischen Maß- und Gewichtsgrößen als im Verkehr zulässig erklärt hat. Daß eine gleiche Uebereinstimmung in den Hauptpunkten auch unter den deutschen Regierungen stattfindet, daran dürfte, wenn es auch zu einer formellen Annahme des Entwurfes von 1865 noch nicht kommen konnte, ebenfalls kaum zu zweifeln sein. Durch den vorliegenden Entwurf würde endlich eine Uebereinstimmung in Bezug auf Maß und Gewicht, für den norddeutschen Bund wenigstens herbeigeführt und gewiß auch für die übrigen deutschen Staaten in nahe Aussicht gestellt werden.

Berlin, 18. Mai. (Zollparlament.) 14. Sitzung. Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Der Präsident zeigt den am 15. d. Mts. erfolgten Tod des Abg. Grafen August von Grote (5. hannoverschen Wahlbezirk) an und die Versammlung ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. — Vor dem Eintritt in die Tagesordnung kommt Abg. Mohl noch einmal auf seinen persönlichen Streit mit dem Abg v. Hennig zurück, der endlich durch die Vorlegung der stenographischen Berichte der würtembergischen Kammer erledigt wird. — Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Abstimmung über den Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung des Tabacks im Ganzen. Derselbe wird mit großer Majorität angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung: Schlußberathung über den Handelsvertrag mit Oesterreich. — Abg. Dr. Bamberger hat hiezu folgenden Antrag eingebracht: „Den Bundesrath des Zollvereins zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Beschwerden abgeholfen werde, zu welchen im Großherzogthum Hessen das Zusammentreffen der herabgesetzten Weinzölle mit dem bestehenden System der indirekten Steuern Anlaß giebt." — Zur Diskussion über den Vertrag melden sich fünf für und 2 Redner gegen denselben. — Abg. Fabricius (Darmstadt) spricht gegen die Resolution. Er bestreitet, daß das Zollparlament eine Pression auf die Steuerverhältnisse Hessens ausübe, namentlich nachdem die hessische Regierung und der Landtag diese Frage neuerdings erst geregelt hatten. — Abg. Dr. Reincke führt aus, daß die Eile, mit der ein Vertrag, wie der vorliegende, erledigt werde, der Würde des Parlaments nicht entspreche, daß das vorliegende Material nicht genügend sei, um ein Urtheil über den Vertrag abzugeben und daß endlich auch die Betheitigten nicht gehörig zu Rathe gezogen seien, und daß er deshalb der Abstimmung sich enthalten werde. — Auf eine Anfrage des Abg Grafen Kleist erklärt Präsident Delbrück: Die Zollbefreiungen und Zollermäßigungen, welche durch den Vertrag an Oesterreich zugestanden sind, müssen vertragsmäßig auch England, Frankreich, Italien, Spanien und dem Kirchenstaate gewährt werden. Andere Nationen haben ein vertragsmäßiges Recht auf diese Ermäßigungen nicht. Es liege jedoch in der Absicht der verbündeten Regierungen, durch einen in den nächsten Tagen einzubringenden Gesetzentwurf diese Ermäßigungen auch für alle anderen Staaten auszudehnen, jedoch mit Ausnahme des Weins. In dieser Beziehung sollen nur diejenigen Staaten berücksichtigt werden, welche dem Zollverein das Recht der meistbegünstigten Staaten zuzugestehen. — Auf eine Bemerkung des Abg. v. Hennig erwidert der Präsident Delbrück, daß die Steuer auf fertige Kleidungsstücke sich nach dem Stoffe richte, aus welchem die Kleider gefertigt seien.

Die General-Diskussion wird geschlossen. In der Spezial-Diskussion spricht Abg. Mohl gegen, Abg. Dr. Bamberger für die Resolution: Die Weinproduktion und der Wein-Export haben wesentlich dazu beigetragen seit vielen Jahren, unsere Bevölkerung in enge Verbindung mit Norddeutschland zu bringen und die Vorurtheile zu beseitigen. Ich hoffe, daß man von Deutschland nicht einst, wie von einem anderen Lande sagen wird: die Hälfte seiner Geschichte sei die Idee ohne Baumwolle gewesen, die andere Hälfte die Baumwolle ohne Idee. — Bundes-Kommissar Geh. Regierungsrath Hofmann: Ich habe eine sachliche Begründung des Antrages durch den Vorredner nicht gehört. Der Zollvereins-Vertrag vom 8. Juli vorigen Jahres hat Prinzipien der Moral nicht aufgenommen (oh! oh!), und nach den Bestimmungen desselben kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß das System der indirekten Steuern jedes Landes nur von der eigenen Landesvertretung geändert werden kann. (Sehr richtig!) Sache des Zoll-Parlaments ist dies nicht. — Handelte es sich um einen allgemeinen Antrag, so würde ich die Kompetenz des Zollparlaments nicht bestreiten, zur Berathung eines so speziellen Antrages ist das Parlament nicht berechtigt. — Abg. Liebknecht bestreitet gleichfalls die Kompetenz des Parlaments, spricht dann über die Wahlbeeinflussungen in Preußen, die tausendmal größer seien, als anderswo, und wird durch lebhafte Mißbilligung der Versammlung unterbrochen. — Präsident Dr. Simson: Ich will den Redner darauf aufmerksam machen, daß er zu einem Hause redet, dessen Mitglied zu sein er die Ehre hat und das zu beleidigen er sich in Acht nehmen möge, wenn nicht §. 41 der Geschäfts-Ordnung (Entziehung des Worts) auf ihn zur Anwendung gebracht werden solle. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Meier (Bremen) empfiehlt die Annahme des Vertrages. — Abg. Metz (Darmstadt): Ich bedauere, daß die Kompetenz der zum ersten Male versammelten Vertreter des deutschen Volkes in dieser Frage bestritten wird. Wenn der Herr Bundes-Kommissar sachliche Gründe für den Antrag vermißt, so hat er die Motivirung nicht gehört. Das Zollparlament ist verpflichtet, die Sache in die Hand zu nehmen auf Grund des Artikel 3 §. 5 ꝛc. des Zollvereins-Vertrages. Wir haben in dem Antrage nicht ausgesprochen, in welcher Weise eine Aenderung vorgenommen werden soll; wir gehen nur davon aus, daß eine solche Versammlung berechtigt ist, auf die mit dem Zollvertrag mit Oesterreich verbundenen Inkonvenienzen hinzuweisen, einen allseitig anerkannten Uebelstand zur Abhülfe zu bringen. Wird die Sache untersucht, so wird die Beschwerde wohl als begründet anerkannt werden.

Graf Bismarck: Ich bin natürlich nicht in der Lage, mich im Namen des Bundesrathes auszusprechen, ob derselbe die Kompetenz des mir soeben erst bekannt gewordenen Antrages anerkennt. Nachdem aber ein Mitglied des Zoll-Bundesrathes die Kompetenz des Parlamentes angezweifelt hat, ist es mir Bedürfniß, zu konstatiren, daß dies nur meine eigene Ansicht ist, und daß meine persönliche Ansicht die entgegengesetzte ist, indem ich mir sehr wohl denken kann, daß der Bundesrath, wenn er glaubt, daß die Steuergesetzgebung eines Landes den Interessen des Zollvereins widerspricht, berechtigt ist, Remedur eintreten zu lassen. (Lebhafter Beifall.) — Bundes-Komm. Hofmann: Ich muß ein Versehen meinerseits verbessern; ich hätte allerdings sagen müssen, daß ich nur im Namen der hessischen Regierung gesprochen habe, wozu ich ein Recht zu haben glaube, weil der Antrag speziell die hessischen Verhältnisse betrifft. — Graf Bismarck: Ohne der Diskussion im Schooße des Bundesrathes vorzugreifen, wollte ich nur bemerken, daß es sich hier nicht um die Frage handelt, ob die hessische Gesetzgebung im Widerspruch mit dem Zollverein besteht, sondern nur darum, ob die legislativen Organe des Zollvereins berechtigt sind, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. (Beifall.) — Abg. Dr. Probst (Stuttgart) bestreitet ebenfalls die Kompetenz des Parlaments, indem er entschiedene Verwahrung gegen eine Erweiterung der Kompetenz desselben einlegt. — Graf Bismarck: Sie Alle werden mir das Zeugniß geben, daß ich als Vertreter meiner Regierung auf das Sorgfältigste Alles vermieden habe, das uns der Vermuthung aussetzen könnte, als wollten wir auf die süddeutschen Herren irgend eine Pression ausüben, um die Kompetenz des Zoll-Parlaments zu erweitern. Es ist von dieser Seite her gewiß nichts geschehen, was die Herren in ihren Bestrebungen, an ihrem Programm festzuhalten, hindern könnte. Führen Sie Ihr Programm durch, m. H., so lange es Ihr freier Wille ist, Sie werden von uns weder mit einer Bitte, noch mit einem Wunsche aufgefordert werden, davon abzugehen; es hängt das Aufgeben Ihres Programms lediglich von Ihrem freien Willen ab. Um das Programm der Politik des norddeutschen Bundes zu kennzeichnen, will ich Sie auf das Programm vom 7. Dezember aufmerksam machen und woran der norddeutsche Bund noch heute festhält, und wodurch Ihre Selbstständigkeit in keiner Weise gefährdet ist. Sie halten uns für viel zu sehr interessirt in dieser Sache. Nicht eher, als bis Sie sich uns in freier Entschließung nähern, beschließen sie in Zoll-Angelegenheiten. Ich muß aber ebenso dem Bestreben entgegentreten, die Kompetenz des Parlaments zu vermindern. Ein Appell an die Furcht findet in deutschen Fragen niemals Anklang. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Lasker: Die Namen der Herren, die gegen den Bambergerschen Antrag gesprochen, kennzeichnen ihre Tendenzen zur Genüge. Der Abg. Liebknecht hat hier seine Rede, die er neulich in der Volksversammlung gehalten, wiederholt, nur sein Programm, die Zerstückelung Preußens hat er weggelassen, wohl weil er voraussetzte, daß er damit auf keiner Seite dieses Hauses Anklang finden würde. Den Abg. Probst, der im Namen der Süddeutschen zu sprechen vorgab, mache ich darauf aufmerksam, daß sich die bairischen, badischen und hessischen Abgeordneten sehr dafür bedanken werden, ihn als ihren Wortführer anzuerkennen; ich glaube ihm schon mehr als genug zu thun, wenn ich ihn als Rechtskonsulent der Würtemberger gelten lasse. Es wird immer von Kompetenzerweiterung gesprochen, — von wem ist denn eine solche verlangt? Man sagt, wir wollten hier durch unsere Verhandlungen den Einheitsstaat schaffen; — ich meine, dazu gehört doch vor Allem eine Exekutivgewalt; so lange eine solche nicht vorhanden ist, kann von einem Staate keine Rede sein. Wir denken nicht daran, Jemanden wider seinen Willen zum Anschluß an das bisher geschaffene Einheitswerk bewegen zu wollen, unsere Politik kann nur die sein, zu warten, bis die Noth jene Staaten zu der Einsicht gebracht hat, daß sie für sich Nichts, asolut Nichts sind, so lange sie sich dem großen Ganzen nicht unterordnen. Das Eine haben wir Gott sei Dank erreicht, daß das unselige liberum veto aufgehört hat, daß nicht mehr ein einzelner Staat durch seinen Protest die gefaßten Beschlüsse verhindern kann, sondern daß wir hier alle als gleichberechtigt durch die Majorität unserer Stimmen entscheiden; und wir werden uns von der Aufgabe, die wir ins Auge gefaßt haben, durch keine Resolution einer Volksversammlung abwendig machen lassen. Suchen Sie die Bedeutung dieser Versammlung nicht selbst herabzudrücken. Schützen Sie dieselbe vielmehr, damit, wenn die Tage kommen werden, wo eine Vertretung Deutschlands nicht nur über die materiellen, sondern über alle staatlichen Interessen unseres Vaterlandes entscheiden soll, dem Inhalte die Form nicht fehle. (Beifall.) — Abg. Bebel: Die Erinnerung an den heutigen Jahrestag Seitens des Abg. Metz hat mich nicht überrascht. Seine Partei sucht ja im Volke die Vorstellung zu erwecken, als sei dieses Parlament mit dem vom Jahre 1848 zu verwechseln, obwohl beide kaum mit einander zu vergleichen sind. Unser Zollparlament ist überhaupt kein deutsches Parlament, es fehlen nicht nur die Vertreter Luxemburgs, sondern auch die Abgeordneten der neun Millionen Deutschen in Oesterreich. Der Abg. Lasker hat sich in seinen, in schulmeisterlichem Tone gehaltenen Aeußerungen auch auf die hier stattgehabte Volksversammlung bezogen. Ich vermuthe, daß er eigentlich nur einer verhaltenen Rede, die er für die Adreßdebatte vorbereitet hatte, und dem Aerger über den Erfolg jener Volksversammlung hat Luft machen wollen.

Abg. Dr. Löwe: Ich halte es für einen durchaus ungeeigneten Weg, gegen eine Kompetenzerweiterung zu protestiren, wo von einer solchen gar nicht die Rede ist. Das Zollparlament hat die historische Berechtigung —

ganz gleich, ob es in den Verträgen steht oder nicht — stets zu wachsen und stärker zu werden. Es muß dieselbe Entwickelung nehmen, wie der Zollverein, gegen den sich auch Seitens der Kleinstaaten eine Menge von Bedenken erhoben, denen die Furcht eines Verlustes der Selbstständigkeit zu Grunde lag. Gewöhnen Sie sich daran, in Zukunft eine Reihe solcher Anträge, wie der vorliegende, stellen zu sehen, und wenn Ihnen dieselben nicht gefallen, so verfolgen Sie Ihre wirthschaftlichen Interessen für sich. — Kommissar Hoffmann bleibt bei seiner zunächst persönlichen Ansicht, daß der gegen Hessen gerichtete Antrag eine Kompetenz-Ueberschreitung sei. Abg. Windthorst: Es ist kein Zeichen von Furcht, wenn man den Wunsch nach Frieden ausspricht, ich bin am wenigsten furchtsam, zumal wenn mir der General Moltke zur Seite steht. (Große Heiterkeit, da der kurzsichtige Redner den General v. M. mit v. Steinmetz, der neben ihm steht, verwechselt hat). Es ist aber doch immer ein General. Die Kompetenz haben wir weder zu beschränken noch zu erweitern, sondern an den Verträgen zu halten. Die Einigkeit werden Sie (die Nationalliberalen) nicht fördern durch aufregende Reden (Widerspruch), sondern das Band sprengen (Widerspruch), ich wiederhole es: sprengen. Graf Bismarck kennt den Antrag erst seit heute, sonst würde er anders sprechen. Der Zweck des Bamberger'schen Antrags ist die Adreßdebatte zu ersetzen, wenigstens ist er in diesem Sinne in der Fraktion geprüft worden. (Präsident Simson bittet Vorgänge außerhalb des Hauses nicht in die Debatte zu ziehen.) Es ist das heute so oft geschehen, daß ich davon angesteckt bin. (Präsident: Dann wünsche ich, daß man sich vor weiteren Ansteckungen hüte. Heiterkeit.) Ich gratulire dem Herrn Präsidenten zu dem glücklichen Witz und bitte im Interesse der Einigkeit gegen den Antrag Bamberger zu stimmen. — Abg. Waldeck: Materiell liegen Beschwerden Hessens vor: es sollen auf den Wein neue Abgaben gelegt werden zum größten Schaden der Produzenten; auf diese haben wir einzugehen. Wenn uns aber ein Vorredner ermahnt, auf dem Boden der Verträge zu bleiben, so sage ich ihm, solche Ungeheuerlichkeiten, daß es halb im norddeutschen Bunde liegt, halb außerhalb, können nicht bestehen. Wir haben im Reichstage entsprechende Anträge vermieden, weil der hessische Kommissar entschieden erklärte, seine Regierung werde schon selbst sich zu helfen wissen. Freilich ist er dann desavouirt worden. Jetzt hat er uns schon wieder die Bereitwilligkeit der hessischen Regierung gerühmt. (Heiterkeit.) Gerade diesen unglücklichen Doppelhessen müssen wir helfen, ihnen, die eingeklemmt sind zwischen Norden und Süden; denn es hilft ihnen weder ihre Regierung, noch der norddeutsche Reichstag.

Abg. v. Neurath: Meine Herren! Es ist uns vielfach Mangel an Einsicht, an Vaterlandsliebe vorgeworfen worden; ich verwahre mich dagegen entschieden. Ich glaube, der Kampf um diesen Antrag ist nur durch seine Fassung hervorgerufen worden; da der Antrag einen einzelnen Staat herausgreift, überschreitet er unsere Kompetenz, und deswegen muß ich dagegen stimmen. — Abg. Wagener (Neustettin): Ich will die Abweichung von unserem Grundsatze in der Adreßdebatte, nichts zu sagen, was danach aussehen könnte, als wollten wir die Befugniß des Zollparlaments erweitern, rechtfertigen. Die Süddeutschen haben diesem Antrag gegenüber denselben Fehler gemacht, als der Adresse gegenüber, sie haben durch ihre Einwände erst das daraus gemacht, was er jetzt geworden ist. Der ganze Einwand beruht wohl nur auf der Unkenntniß preußischer Zustände: Die Herren haben wohl noch ein zu großes Grauen vor unseren National-Liberalen; das sind aber ganz gemäßigte und verständige Leute (Heiterkeit), deswegen muß man also ihre Anträge nicht prinzipiell bekämpfen. Ich stehe ganz auf dem Standpunkt des Abg. Löwe, wenn er meint, daß Niemand das unaufhaltsame weitere Wachsen des Zollparlaments werde hindern können; aber auch der Zollverein ist nur gewachsen, weil die preußische Regierung vermieden hat, ihn mit politischer Sauce zu serviren. Aber eben so fest müssen wir dagegen kämpfen, die Kompetenz des Zollparlaments zu verkürzen. Der Antrag läßt ja dem Bundesrath und der hessischen Regierung immer noch freie Hand, zu thun, was sie wollen. Meine Ansicht von der deutschen Einheit ist die, wenn man die Eigenart der deutschen Stämme untergräbt. Wir stehen fest auf dem Standpunkt des deutschen Partikularismus und deutscher Einheit und gestehen darin Niemandem den Vorrang zu. Um diesen hohen Preis ist uns selbst der Friede nicht zu theuer; einen Frieden, den ich mir nur darum erkaufen kann, daß ich mir die deutsche Zunge ausbeiße, mag ich nicht. (Bravo!) — Ein Schlußantrag wird abgelehnt. — Abg. Bissing: Wir Süddeutschen scheinen heut hier die Sündenböcke zu sein. Der Graf v. Bismarck hat im norddeutschen Reichstag gesagt, die Süddeutschen seien mit Ausnahme der badischen Minister noch 30 Jahre hinter der politischen Bildung des Nordens zurück. (Widerspruch.) Lassen Sie uns Kanadier also diese 30 Jahre erst noch draußen bleiben und die Bildung nachholen! (Widerspruch.)

Abg. Völk: Unter dem Namen „wir Süddeutsche" werden hier Reden gehalten, die nicht alle Süddeutschen billigen. An der politischen Debatte, die der Antrag Bamberger hervorgerufen, müssen wir uns betheiligen, um dem Vorwurf zu großer Zurückhaltung zu begegnen. Ich habe zu meinem größten Erstaunen eine merkwürdige und wohlthuende Uebereinstimmung meiner Ansichten mit denen des Abg. Wagener bemerkt. (Heiterkeit.) Ich habe mir ihn immer als heftigen Feind der deutschen Einheit gedacht. Aber so ist es, wenn redliche und ehrliche Männer zusammenkommen und sich besprechen. (Heiterkeit.) Daß die deutsche Nation die Einigkeit noch nicht erreicht hat, ist nur eine Folge gegenseitiger Unkenntniß und Vorurtheile und wenn diese Debatte nur einigermaßen beiträgt, diese zu beseitigen, so ist sie nicht verloren. Kommt auch aus diesem Zollparlament die Einheit nicht heraus, so muß sie doch kommen. Ich aber sehe gerade in dem Warten bis zur Konsolidirung der norddeutschen Verhältnisse eine große Gefahr für uns Süddeutsche, weil es uns dadurch unmöglich wird, auch für unsere Bequemlichkeit in den noch werdenden Verhältnissen ein Plätzchen zu schaffen. Und wenn wir auch wissen, daß unsere Kräfte nicht so groß sind, so wird es doch gut sein, wenn der Norden auch Einiges von dem mildernden Staats- und Gefühlswesen des Südens annimmt. (Bravo!) Es ist ferner das Verhältniß Oesterreichs hineingezogen worden. M. H. Es giebt da genug Leute, welche wissen, daß eine Operation nöthig war, um uns aus den Wehen des Bundestages in den frischen deutschen Staat zu bringen (Bravo!) und das deutsche Element Oesterreichs hat dadurch nicht verloren, sondern gewonnen! (Sehr wahr!) Je mehr wir unsern deutschen Staat fertig machen, desto sicherer sind sie überzeugt, daß sie in der Noth einmal eine heimische Stätte finden können. (Bravo!) Was soll es heißen, wenn von Aufgeben partikularer Eigenthümlichkeiten gesprochen wird? Die sind so stark, daß sie sich von selbst erhalten werden. Lassen Sie uns also sie schonen, aber darüber das Gemeinsame nicht vergessen! (Bravo!) Von mangelnder Kompetenz kann hier gar keine Rede sein. Wir haben dafür zu sorgen, daß das Einigungswerk wachse, und darein hat das Ausland Nichts zu reden! Ich schließe mit dem Worte eines geistreichen Mitgliedes dieses Hauses: jetzt ist es Frühling geworden in Deutschland; und wenn auch noch Einzelne sich schneeballen, so wird das nicht mehr lange dauern; der fortschreitende Frühling wird sorgen, daß dem Schneeballen bald das Material ausgeht. Ich schließe, meine Herren; es ist jetzt in Deutschland Frühling geworden! (Lebhafter Beifall.) — Die Diskussion wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen. — Bundeskommissar Delbrück dementirt Namens des abwesenden Bundeskanzlers in aller Form, daß dieser je davon gesprochen, die Süddeutschen seien um 30 Jahre in der Kultur zurück. — Der Antrag des Abg. Bamberger wird mit großer Majorität angenommen. Der Rest des Vertrages wird ohne Diskussion genehmigt und darauf die Sitzung um 3½ Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. Tages-Ordnung: 1) Wahlprüfung; 2) Handels-Vertrag mit dem Kirchenstaat; 3) Reform des Zoll-Tarifes.

Breslau, 18. Mai. In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn wurde die Ausführung der Vorarbeiten zur Etablirung einer Bahn bis Alt-Damm als Fortsetzung der bereits genehmigten Bahnerweiterung von Liegnitz bis Rothenburg, sowie einer Bahn von einem Punkte der Linie Liegnitz-Königszelt bis an die schlesische Gebirgsbahn genehmigt und gleichzeitig der Antrag angenommen, die vollendeten Vorarbeiten des Löwenberger Comité's für den Bau einer Linie von Liegnitz über Goldberg, Löwenberg, Wigandsthal, Böhmisch-Friedland, Reichenau nach Zittau zu prüfen.

München, 18. Mai. Die „Korrespondenz Hoffmann" meldet: Anläßlich der Beschlüsse des Zollparlaments, betreffend die Wahlen der Abgeordneten Wild und Meder, haben die Ministerien des Handels und des Innern die genauesten thatsächlichen Erhebungen angeordnet.

— Das baierische Heer ist durch die neue Formation dem preußischen akkommodirt.

Ausland.

Wien, 18. Mai. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung die von dem Herrenhause an dem interkonfessionellen Gesetze vorgenommenen Aenderungen genehmigt und ein Gesetz, betreffend die Ruhegehalte für die Minister, angenommen.

— Das Herrenhaus nahm das Gesetz in Betreff der Zugeständnisse und Bedingungen für den Bau der böhmischen Nordwestbahn mit wesentlicher Modifizirung der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung an.

Florenz, 18. Mai. Der Herzog von Sutherland ist hier eingetroffen, nachdem er über den Mont Cenis auf der Eisenbahn mit einem Zuge von 12 Wagen gefahren. Die Dauer der Fahrt von St. Michel nach Susa betrug 4 Stunden 6 Minuten nach Abzug der zur Inspektion der Arbeiten verwendeten Aufenthaltszeit. Die größte Schnelligkeit der Fahrt war 19 Kilometer in der Stunde.

Genua, 18. Mai. Der König ist heute nach Turin abgereist.

London, 16. Mai. Die neuesten ausführlicheren Nachrichten aus Abyssinien sind aus dem britischen Lager bei Magdala den 14. April datirt. Am 13. wurde im Hauptquartier berichtet, daß Theodorus aus Magdala entwichen sei und daß die Häuptlinge seiner Armee die Uebergabe wünschten. Unverzüglich wurden Vorbereitungen getroffen, um den Berg zu okkupiren. Es stellte sich nun heraus, daß Theodorus zurückgekehrt sei und sich in der Amba postirt habe, seinen Entschluß ausdrückend, dieselbe bis zum letzten Augenblicke zu behaupten. Alle Europäer, mit Ausnahme des Monsieur Bardell, welcher zu leidend war, um sich bewegen zu können, befanden sich nun in unserem Besitze. Die abyssinischen Truppen auf Islangie wurden so schnell als möglich entwaffnet und am Nachmittage, nach einem kleinen Bombardement, wurde die Amba von Magdala von der 2. Brigade, der 33. Sturmabtheilung nebst Sappeuren, gestürmt. Das Eindringen war schwierig und am ersten Thore, welches geschlossen und mit Steinen verbarrikadirt war, wurde von einem Häuflein tapferer Widerstand geleistet. Bald war auf der einen Seite ein Eingang bewirkt und um ein Viertel nach 4 Uhr wehten die Fahnen der Dreiunddreißiger auf den Festungswerken von Magdala. König Theodorus fand man etwa 150 Yards innerhalb des zweiten Thores todt am Boden liegen. Mehrere Häuptlinge von Distinktion, worunter der Premier-Minister, Ras Engedda, wurden am ersten Thore getödtet. Auf unserer Seite wurden nur fünf Mann verwundet. Somit ist Alles zu einem höchst erfolgreichen Abschluß gelangt. Die Armee des Königs wurde am 10. in offener Schlacht geschlagen, alle Gefangenen wurden befreit und langten in der Nacht vom 11. bis zum 12. wohlbehalten in unserem Lager an, und am 13. wurde Magdala gestürmt und erobert, endigend mit dem Tode des Königs Theodorus. In zwei oder drei Tagen hoffen wir den Rückweg nach der Küste antreten zu können, womit die Expedition in einer einzigen Saison glücklich und erfolgreich beendet ist.

London, 18. Mai. Im Oberhause zog heute der Herzog von Marlborough im Namen der Regierung das Erziehungsgesetz mit Rücksicht auf den Stand der parlamentarischen Geschäfte für die gegenwärtige Session zurück.

— Im Unterhause kam die Reform des schottischen Wahlgesetzes zur Verhandlung. Baxter brachte ein Amendement ein, die neuen schottischen Mitglieder auf Grund dessen zu wählen, daß die englischen Flecken von weniger als 5000 Bewohnern ihr Wahlrecht verlieren.

— Das Comité, welches ernannt worden war, um die Zustände des gegenwärtigen Hauses der Gemeinen einer Prüfung zu unterziehen, hat sich für den Bau eines neuen Unterhauses entschieden, nachdem es zuvor die Pläne verschiedener ausländischer Parlamentsgebäude in Erwägung gezogen hat. Das neue Haus soll Plätze für 569 Mitglieder haben und dessen Errichtung dürfte ungefähr die Summe von 120,000 Pfd. Sterl. kosten. Das gegenwärtige Haus soll als Eintrittshalle für das neue Gebäude benutzt werden.

Petersburg, 17. Mai. Hier eingegangene Nachrichten aus Centralasien melden, daß die Beziehungen Rußlands zu Khokan sehr freundschaftlich, dagegen die zur Bucharei gespannt seien. — Der Emir der Bucharei habe den Friedenstraktat noch nicht unterzeichnet.

Pommern.

Stettin, 19. Mai. In Bezug auf die Mittheilung, daß Jemand, der von einem unbrauchbar gewordenen Francocouvert die Stempelmarke ausgeschnitten und dieselbe auf ein selbstgemachtes Couvert geklebt hatt, zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt und die dagegen eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde vom Obertribunal zurückgewiesen worden sei, schreibt man uns von kompetenter Seite: „Von einem solchen Falle ist auf dem General-Postamte nichts bekannt. Es ist die Richtigkeit der Nachricht außerdem auch noch deshalb zu bezweifeln, weil die Postdienst-Instruktion, Abschnitt 5, Abth. 1, §. 5, folgendes vorschreibt: „Das Entwerthen der Freimarken und Franco-Couverts, auch der aus verdorbenen Couverts ausgeschnittenen, noch nicht entwertheten Francostempel, welche etwa von dem Absender als Francomarken benutzt worden sind, erfolgt durch Ueberdrücken mit dem Aufgabestempel der betreffenden Postanstalten." Die Postanstalt verbietet das hier in Frage stehende Verwenden der Francostempel also durchaus nicht."

— Der Major v. Seeckt vom Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. (1. pomm. Nr. 2), kommandirt als Adjutant zum Generalkommando des 2. Armeekorps ist unter Entbindung von diesem Kommando in das Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 versetzt worden.

— Am Gymnasium zu Freienwalde a. O. ist die Beförderung der ordentlichen Lehrer Dr. Heinze und Dr. Teichert zu Oberlehrern genehmigt worden.

— Nach einem Beschlusse des Kriegsministers und des Ministers des Innern sind auch diejenigen Mehrkosten auf Militärfonds zu übernehmen, welche den Kreisen dadurch entstanden sind, daß Landwehrpferde bei der Mobilmachung von den Militärbehörden nicht wie vorgeschrieben zu den Gestellungsorten der Pferde, sondern vielmehr zu den Formationsorten der Truppen Behufs der Abnahme herangezogen, wegen Unbrauchbarkeit derselben aber nicht abgenommen worden sind. Vorausgesetzt muß hierbei werden, daß nicht etwa augenscheinlich unbrauchbare Pferde Seitens der Kreise dem Transporte nach den Formationsorten der Truppen übergeben werden.

— Ein bereits bestrafter Mensch, der Privatschreiber Karl Siewert von hier, machte gestern in dem Lokale des Kaufmanns Scholz am Bohlwerk den Versuch, mittelst Cirkulars, für dessen Unterschrift als Aussteller er zunächst einen der dort anwesenden Gäste zu gewinnen suchte, zu Gunsten der Kinder der beim Brande auf der Oberwiek verunglückten Steuermann Dehmsschen Eheleute milde Gaben zu erlangen. Er wurde indessen als Schwindler entlarvt und durch einen in jenem Lokale zufällig anwesenden Polizeibeamten verhaftet. — Ebenso erfolgte gestern die Verhaftung der Wittwe Ebelt, welche auf dem Grabower Kirchhofe von Gräbern verschiedene Blumen und Blumentöpfe gestohlen hatte.

— In dem Hause Wilhelmsstraße Nr. 14 ist aus verschlossener Bodenkammer, resp. aus einem in derselben aufbewahrten Koffer, mittelst Einbruches und Nachschlüssels ein nicht unbedeutender Diebstahl an Bett- und sonstiger Wäsche verübt worden.

— Wie es heißt, sind heute Vormittag auf der Brandstätte der Oberwiek wiederum zwei Leichen gefunden, indessen noch nicht rekognoszirt worden.

Vermischtes.

Hamburg. Dem Rheder Sloman ist eine unerwartete Schwierigkeit aus der Umtaufe seines Schiffes „Leibnitz", so traurigen Rufes, in „Liebig", die mit Genehmigung der Hamburger Handels- und Schifffahrts-Deputation vorgenommen worden war, erwachsen. Professor Liebig nämlich macht sehr ernste Einwendungen gegen diesen Gebrauch seines Namens. Doch wird gesagt, Professor Liebig wolle seine Einwendungen fallen lassen, wenn Herr Sloman die Todtenlisten der auf besagtem Schiffe Verstorbenen veröffentlicht habe und sich verbindlich mache, auf demselben nur Liebig'sches Brod an die Zwischendeckspassagiere und 1½ Loth Fleischextrakt pro Woche und Kopf für alle Mütter und Kinder unter 6 Jahren zu verabreichen.

Viehmärkte.

Berlin. Am 18. Mai c. wurden auf hiesigem Viehmarkt an Schlachtvieh zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1295 Stück Exportgeschäfte wurden nur nach den Rheinlanden gemacht, der Handel war sehr schleppend und wurde beste Waare nur mit 16 Rt., mittel 12–13 Rt., ord. 8–10 Rt. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schweinen 2510. Die Zutriften waren um jetzige Jahreszeit viel zu stark und um mehr als einen sehr mittelmäßigen Preis erzielen zu können, beste feine Kernwaare wurde nur mit 16 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schafen 6062. Der Handel ließ sich lebhaft an, und wurden bedeutende Ankäufe namentlich nach den Magdeburger Kreisen gemacht, doch stellen sich die Durchschnittspreise im Verhältniß zu den Einkaufspreisen im Lande doch nur sehr mittelmäßig und schloß der Markt sehr flau.

An Kälbern 1011, welche bei flauem Stande zu gedrückten Preisen geräumt wurden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 18 Mai, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Diana, Thomson von Sunderland. Ceres (SD), Braun von Kiel. Wind NO. Revier 14 10/12 F. Strom ausgehend. 5 Schiffe ansegelnd.

Börsen-Berichte.

Stettin, 19. Mai. Witterung: schön. Temperatur + 18° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 89 bis 90 Rt. bez., bunter 86 92 Rt., ungarischer 84–90 Rt., ordinärer 79–82 Rt., weißer 95–100 Rt. bez., per 83–85pfd. Mai-Juni 91, 92, 92½ Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 88 Rt. Br., Juli-August 85 Rt. bez., Sept.-Okt. 77, 76½ Rt. bez. u. Gd.

Roggen fest, Schluß etwas niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 57–62 Rt., 80pfd. 65 Rt. bez., 81pfd. 66 Rt. bez., per Mai-Juni 59, 60 Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 58, 59 Rt. bez., 58¾ Rt. Br., Juli-August 56½ Rt. bez., Septbr.-Oktober 53½, 55, 54 Rt. bez. u. Br.

Gerste matt, per 1750 Pfd. loco schlesische, mährische und ungarische 43–48½ Rt.

Hafer unverändert, per 1300 Pfd. loco 34–35½ Rt., 47–50pfd. pr. Mai-Juni 35½, ¼ Rt. bez.

Erbsen Futter- pr. 2250 Pfd. 66, 65½ Rt.

Rüböl matt, loco 9 11/12 Rt. Br., Mai-Juni 9 5/6 Rt. bez., Juni-Juli 9 5/6 Rt. Gd., September-Oktober 10 Rt. Gd.

Spiritus etwas fester, loco ohne Faß 18 5/12, ½ Rt. bez., mit Faß 18 Rt. bez., Mai-Juni 18 1/6, 5/24 Rt. bez., Juni-Juli 18¼, 1/3, ½, 5/12 Rt. bez., Juli-August 18¼, ½, 2/3 Rt. bez., Aug.-Sept. 18½, ¾ Rt. bez. u. Gd., Septbr.-Oktober 18, 18 1/12 Rt. bez. u. Gd.

Angemeldet. 20,000 Qrt. Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen 91½, Roggen 59½, Hafer 35¼, Rüböl 9 5/6, Spiritus 18 5/24.

Berlin, 19. Mai, 2 Uhr — Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84¼ bez. Staats-Anleihe 4½ % 95½ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93¾ bez. Oesterr. National-Anleihe 54½ bez. Pomm. Pfandbriefe 85 5/8 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186½ bez. Wien 2 Mt. 86½ bez. London 3 Mt. 6. 23¾ bez. Paris 2 Mt. 81 1/12 bez. Hamburg 2 Mt. 150 7/8 bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 73 Br. Oesterr. Banknoten 87½ bez. Russ. Banknoten 83½ bez. Amerikaner 6 % 76¾ bez.

Weizen pr. Mai 83, 85 bez., Roggen pr. Mai 58, 58¾ bez., Mai-Juni 57¾, 58¾ bez., Juni-Juli 57, 58 bez. Rüböl loco 9¾ bez., Mai-Juni 9 5/6, 17/24 bez., Septbr.-Oktober 10 bez. Spiritus loco 18 1/6 bez., Mai-Juni 17 5/6, 18 bez., Juni-Juli 17 5/6, 18 bez., Juli-August 18 1/12, ¼ bez.

Breslau, 18. Mai. Spiritus per 8000 Prozent Tr. 17½. Roggen per Mai 55¾, per Mai-Juni 55½. Rüböl pr. Mai-Juni 9 7/12, do. pr. Sept.-Okt. 9 5/6. Zink fester.

Hamburg, 18 Mai. Getreidemarkt. Weizen und Roggen anhaltend flau, späte Termine stark angeboten, aber für Weizen fester schließend. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 163 Bankothaler Br., 162 Gd., pr. Mai-Juni 157 Br., 156 Gd., pr. Juli-August 144 Br., 143 Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 111 Br., 110 Gd., per Mai-Juni 105 Br., 104 Gd., per Juli-August 95 Br. u. Gd. Hafer stille. Rüböl flau, loco 20 7/8, pr. Mai 20 7/8, per Oktober 22¼. Spiritus sehr flau, 26 1/8. Kaffee ruhig. Zink fest. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam. 18. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen steigend, per Mai 230, per Juni 221, per Juli 209. Raps per Oktober 62½. Rüböl per Nov.-Dez. 34¼.

London, 18. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 16,614, Gerste 2630, Hafer 16,600 Quarters.

Englischer Weizen 1–2 Sh. niedriger, fremder, feinere Qual. 1 Sh., ordinärer 2 Sh. billiger erlassen, leblos. Gerste stetig. Hafer ½ Sh. höher. — Sehr schönes Wetter.